

Standesinstitution Schule?

In Österreich entscheidet immer noch die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Die Bildungspolitik der neuen Regierung dürfte die Ungleichheiten verschärfen.

Oliver Gruber, Elke Larcher, Boris Ginner
Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Österreich zählt in der OECD zu den Ländern mit der höchsten Bildungsverbürgung. Der Sprung zu einer besseren Ausbildung als jene der eigenen Eltern gelingt hier seltener als in anderen Ländern. Das österreichische Schulsystem gleicht die unterschiedlichen Startbedingungen von Kindern wenig aus. Mit der Trennung im Alter von zehn Jahren ist Österreich eines der OECD-Länder mit der frühesten Bildungsauslese. Getrennt wird scheinbar zwar „nur“ nach Leistung, tatsächlich entscheidet aber immer noch die soziale Herkunft über den Bildungserfolg.

Die bildungspolitischen Pläne im Regierungsprogramm dürften diese Ungleichheit eher verschärfen als reduzieren. Der Vielfalt der SchülerInnen – ihrer Talente, ihrer Interessen, ihres Förderbedarfs – will man durch eine noch stärkere „Differenzierung der Schulwege“ begegnen. Wie eng dabei individuelle Förderung einerseits und soziale Auslese andererseits zusammenhängen, zeigen die vielen neu vorgeschlagenen Tests und Weichenstellungen.

Neues Eingangsverfahren

Die Regierung will den Übergang von der Volksschule zur Sekundarstufe reformieren. Aus Sicht des Bildungsministers wechseln derzeit zu viele Kinder in die Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS), obwohl sie dafür eigentlich nicht geeignet seien. Ein neues Eingangsverfahren soll

nun die bisherige Beurteilung durch das Abschlusszeugnis ergänzen. Dafür wird einerseits der bestehende **Bildungsstandards-Test** herangezogen, welcher im Jahr 2008 eigentlich als Qualitätssicherungsmaßnahme für Schulen eingeführt worden war und nicht für die Einzelbeurteilung von SchülerInnen. Zusätzlich sollen künftig „Talente-Checks“ schon in der 3. Schulstufe austesten, welcher Schulweg für ein Kind infrage kommt – und welcher eben nicht. Ist der Schulweg an die Neue Mittelschule (NMS) einmal eingeschlagen, ist eine Rückkehr an die AHS jedoch die Ausnahme: In Wien etwa wechselt derzeit nur jeder/jede zwölfte NMS-SchülerIn später in ein Gymnasium.

Neue Testungen sollen aber auch beim Übergang von mittleren an höhere Schulen kommen. Mit dem **„Chancenpass“** will die Bundesregierung quasi eine mittlere Reife einführen – eine Art Mini-Matura als Abschluss der Pflichtschule. Dafür soll die Bildungsstandards-Testung umgewandelt werden zu zentralen Prüfungen mit Projektarbeit in der 7. Schulstufe. Sogar vor dem Schuleintritt sollen Kleinkinder bereits Testungen unterzogen werden. Der Mutter-Kind-Pass wird künftig zum Instrument für die Bildungskontrolle weiterentwickelt. Bei Dreijährigen sollen „Sprachstandfeststellungen“ darüber entscheiden, ob sie ein zweites Kindergartenjahr – verpflichtend, aber nicht kostenlos – absolvieren müssen. Und zur Schulreifefeststellung kommen nun sogenannte Sprachscreenings hinzu. Sie messen die Deutschkompetenz (nicht Sprachkompetenz insgesamt) von Kindern und weisen sie künftig Deutschförderklassen zu. Dort erhalten sie, vom

Regelunterricht getrennt, bis zu zwei Jahre lang ausschließlich Deutschunterricht.

Die laufende Beurteilung von SchülerInnen ist wichtig, wenn sie bei der Selbsteinschätzung hilft und an angepasste Förderung geknüpft ist. Wird sie aber zum Dauerlauf, der Kinder und Jugendliche aussortiert und sie in starre Schullaufbahnen mit geringer Aussicht auf Umstieg zwingt, verfehlt sie ihren pädagogischen Zweck.

Fair verteilen

Baut man die Trennung von SchülerInnen weiter aus, dann ballen sich pädagogische wie soziale Herausforderungen noch stärker als bisher an bestimmten Standorten, vor allem an großstädtischen NMS. An diesen Standorten wird das Lernen somit noch schwieriger. Um dies auszugleichen, brauchen gerade diese Standorte mehr Ressourcen. Nur so können sie den dortigen Herausforderungen besser begegnen. Mit dem Chancen-Index hat die AK dafür bereits ein Modell vorgeschlagen: Zusätzliche Fördermittel für Schulen sollen auf Basis eines Index fair verteilt werden. So erhalten jene Standorte, die die höchste Zahl von Kindern mit Förderbedarf aufweisen, auch die meisten Zusatzmittel. Bildungsminister Faßmann hat unlängst Sympathie für das Modell erkennen lassen, was vorsichtig optimistisch stimmt. Im jüngst vorgelegten Budgetentwurf wird davon allerdings nichts erwähnt.

Wenig Grund zu Optimismus gibt auch die angekündigte Kürzung der Mittel für NMS sowie Integrationsmaßnahmen und das Aufschieben der Mittel für Ganztagschulen. Gut geführte